

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.327.624

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1212/J-NR/2025

Wien, am 25. Juni 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Lausch, Kolleginnen und Kollegen haben am 25. April 2025 unter der Nr. **1212/J-NR/2025** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Gefährlich wenig Personal“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 5 bis 12:

- 1. *Wie viel Personal fehlt in den Justizanstalten in ganz Österreich zum heutigen Zeitpunkt? (Bitte um Aufschlüsselung nach Exekutive, medizinischem Personal und Sozialarbeitern und Justizanstalten)*
- 5. *Was unternehmen Sie, um Personal zu rekrutieren?*
- 6. *Wie wollen Sie die Justiz als Arbeitgeber attraktiver machen?*
- 7. *Sind Sie auf Kasernen zugegangen, um Personal zu rekrutieren?*
 - a. *Wenn ja, waren Sie da erfolgreich?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- 8. *Sind Sie auf berufsbildende Schulen zugegangen, um Personal zu rekrutieren?*
 - a. *Wenn ja, waren Sie dort erfolgreich?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- 9. *Werden Sie das Aufnahmeverfahren etwas öffnen, um mehr Personal zu rekrutieren?*

- a. Wenn ja, wann?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 10. Welche Maßnahmen setzen Sie, um die krankheitsbedingte Abwesenheit der Exekutivbediensteten zu minimieren?
- 11. Welche Maßnahmen setzen Sie, um die krankheitsbedingte Abwesenheit der Fachdienste Medizin zu minimieren?
- 12. Welche Maßnahmen setzen Sie, um die krankheitsbedingte Abwesenheit der Fachdienste Pflege zu minimieren?

Es wird auf die Beantwortungen der schriftlichen parlamentarischen Anfragen Nr. 761/J-NR/2025 betreffend „Aktuelle Daten über die Belegung der österreichischen Justizanstalten und die durchschnittlichen Kosten“ sowie auf jene der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 760/J-NR/2025 betreffend „Bewerbungs- und Auswahlverfahren in Justizanstalten“ verwiesen.

Zur Frage 2:

- Welche Strategie verfolgen Sie, um die Kosten im Maßnahmenvollzug zu senken?

Um die Kosten im Maßnahmenvollzug zu senken wird seit Oktober 2021 eine Insourcing-Strategie in Bezug auf das Verhältnis der Unterbringungen gem. § 21 Abs. 1 StGB und § 431 StPO in Forensisch-therapeutischen Zentren zu jener in öffentlichen psychiatrischen Krankenanstalten verfolgt.

Da die Kosten der Unterbringung (Pflegegebühren) in den öffentlichen psychiatrischen Krankenanstalten in der Regel doppelt so hoch sind, zielt die Strategie auf eine maximale Auslastung der Kapazitäten in den Forensisch-therapeutischen Zentren ab.

Das Auslastungsverhältnis wurde auch als Wirkungsziel in der UG 13, 13.4.1 formuliert, wobei die Vorgabe seit 2021 bei über 55% bzw. seit 2024 bei über 60% liegt.

Die Insourcing-Strategie zeigt insofern Wirkung, als dass die Vorgaben in den letzten Jahren überplanmäßig erfüllt wurden. So konnte der Zielwert im Vorjahr mit durchschnittlich 66,08% übertroffen werden und auch im 1. Quartal 2025 lag der Anteil an Untergebrachten in Forensisch-therapeutischen Zentren bei durchschnittlich 65,99%.

Zur Frage 3:

- Konnten in der Justizanstalt Asten im Zubau Bereiche in Betrieb genommen werden?
 - a. Wenn ja, welche?

- *b. Wenn nein, warum nicht?*

Ja, im Forensisch-therapeutischen Zentrum Asten konnten alle Bereiche des Zubaus in Betrieb genommen werden.

Zur Frage 4:

- *Befindet sich die Justizanstalt Asten jetzt im Vollbetrieb?*

Ja, das Forensisch-therapeutische Zentrum Asten befindet sich im Vollbetrieb.

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer

